

<b>Antrag der Fraktion Marburger Linke</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b> <b>Status:</b> <b>Datum:</b> <b>Eingang:</b>	<b>VO/3959/2015</b> <b>öffentlich</b> <b>24.03.2015</b> <b>24.03.2015</b>	<b>TOP</b>
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b><u>Beratende Gremien:</u></b>	<b>Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>		

## **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Tarifeinwanderung Sozial- und Erziehungsdienste**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

**Die Marburger Stadtverordnetenversammlung solidarisiert sich mit den Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsbereufe. Sie unterstützt die Gewerkschaften Verdi und GEW in der aktuellen Tarifeinwanderung. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Lohnforderung und hält eine Neuordnung der Eingruppierungsregeln und die Anpassung der Tätigkeitsmerkmale an die Realität für unverzichtbar, denn der Nachholbedarf ist enorm.**

### **Begründung:**

Soziale Dienstleistungen sind unerlässlich für unser Leben. Es kann nicht sein, dass überall dort, wo es um die Erziehung von Kindern, um Soziale Arbeit oder die Pflege von alten und kranken Menschen geht, die Arbeitsbedingungen schlecht und die Einkommen gering sind. Es muss ein Ende haben, dass berufsbedingte Stresskrankheiten im Sozial- und Erziehungsbereich überdurchschnittlich oft auftreten. Verbesserungswürdig ist auch die Tatsache, dass fast 40 Prozent aller Beschäftigten nur in Teilzeit arbeiten. Frauen sind überdurchschnittlich von diesen prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Dass die Arbeit im Sozial- und Erziehungsbereich besser gewürdigt wird und Existenz sichernde Arbeitsplätze geschaffen werden, um die Arbeitsbelastung zu reduzieren, ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern im Interesse unzähliger Menschen, die auf deren Arbeit angewiesen sind.

**Halise Adsan, Tanja Bauder-Wöhr, Henning Köster, Jan Schalauske**